

## DISKUSSION

### Frank Dingel Sozialismus, natürlich! Aber welchen?

#### I. Absicht der Thesen

Die nachfolgenden Thesen sind im Rahmen von Diskussionen innerhalb der Sozialistischen Assistentenzelle am Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin entstanden. Dies erklärt sowohl eine bestimmte Aktzentsetzung als auch die politische Absicht. Unmittelbarer Anlaß für die Abfassung des Papiers war die Kontroverse um eine mögliche Wahlempfehlung für die DKP bei den letzten Bundestagswahlen. Dabei zeigte sich m. E., daß es nicht angeht, die DKP als ein alle vier Jahre zur Wahlzeit auftauchendes taktisches Problem anzusehen, sondern daß man sich mit ihrer Politik und dem dahinterstehenden Sozialismusbild prinzipiell auseinandersetzen muß.

Eine Auseinandersetzung mit der DKP schien mir auch deshalb nötig, weil die DKP resp. die SEW von einer ganz bestimmten Art der „Revisionismuskritik“ profitiert, nämlich von der Kritik, die von den sog. „K-Gruppen“ an DKP/SEW geübt wird. Die Irrationalität dieser Kritik – mit Stalin gegen Mauer und Stacheldraht – und die offene Gewalttätigkeit, mit der diese Gruppen gegen konkurrierende sozialistische Gruppen vorgehen – es sei hier nur an die terroristische Sprengung einer GIM-Veranstaltung in West-Berlin durch den KSV erinnert – haben manche Genossen veranlaßt, in der DKP/SEW nicht nur das geringere Übel, sondern tatsächlich eine sozialistische Alternative zu sehen. Die Ausweisung des Genossen Biermann aus der DDR hat diese Hoffnung stark erschüttert und es steht zu befürchten, daß viele die sozialistische Orientierung aufgeben werden, weil immer undeutlicher wird, was Sozialismus eigentlich ist. In diesem Beitrag soll ein Versuch gemacht werden, diese Frage zu klären. Dies soll jedoch keineswegs in der Art geschehen, daß endgültige Einsichten präsentiert werden. Vielmehr soll die Diskussion durch die Kritik an herrschenden ideologischen Vorstellungen und dem daraus abgeleiteten praktischen Verhalten erst provoziert werden. Die Kernthesen sind daher scharf herausgestellt worden, ohne allzusehr auf Differenzierungen einzugehen. Dies gilt z. B. für die Aussagen über den Sozialismus der Arbeiter und den der Intelligenz. Weiterhin wäre es ein Mißverständnis, in dem Papier eine umfassende Erklärung für das bisherige Scheitern der linken Bewegung finden zu wollen. Es kam mir vielmehr darauf an, auf bisher vernachlässigte Punkte hinzuweisen. Wenn der Schwerpunkt der Argumentation auf die unzureichende oder gar nicht stattgefundene Selbstkritik der kommunistischen Bewegung gelegt wird, um zu erklären, warum sie unglaublich wirkt und deshalb erfolglos bleiben muß, dann heißt das nicht, daß die sogenannten objektiven Faktoren des Antikommunismus gering eingeschätzt würden, im Gegenteil. Das Problem liegt m.M. jedoch gerade darin, daß der Verweis auf die objektiven Schwierigkeiten (Verfolgung durch den bürgerlichen Staat etc.) zugleich als Dispens von der Selbstkritik benutzt wird. Stellen die Verfolgungen der Kommunisten im bürgerlichen Staat ein Hindernis für die sozialistische Bewegung dar, dann führt die Unfähigkeit, aus eigenen Fehlern zu lernen, dazu, daß dieses Hindernis unüberwindlich wird.

#### II. Haben die historischen Materialisten ein materialistisches Verhältnis zur Geschichte?

Angehts des Aufkommens der ML-Bewegung und ihrer Drapierung im Gewande der altehrwürdigen KPD war eins der beliebtesten Marx-Zitate, das von den kritisch gebliebenen Genossen häufig angeführt wurde, jenes, in dem davon die Rede ist, daß die großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereigneten: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. Interessanterweise wurde hierbei immer die Betonung auf den zweiten Teil der Aussage gelegt, nämlich auf die Dekouierung des westdeutschen kommunistischen Remakes

als Farce, ohne zu ermitteln, was es bedeutet, die bisherige kommunistische Bewegung in Deutschland als Tragödie zu begreifen. Indem KPD/KSV usw. auf Grund ihres hybriden Anspruchs, KPD zu sein, kritisiert wurden, wurde gleichzeitig die historische KPD außerhalb der Kritik gestellt (1). Dies ist umso verwunderlicher, als die Züge der K-Gruppen, die uns im täglichen Umgang mit ihnen am meisten auf die Nerven gehen, in der Tat nichts anderes sind als die Kopie des KPD-Verhaltens in der Weimarer Republik, vor allem in ihrer Endphase. Wie die KPD-Politik damals von nicht der KPD angehörenden Sozialisten empfunden wurde, zeigt das folgende Zitat eindrücklich und man wird nicht umhinkönnen, Parallelen zu dem K-Gruppenverhalten heute feststellen zu müssen:

„Sie (die KPD –FD) hat die Einsicht der Arbeiter verdunkelt und ihr Gefühlsleben vergiftet, indem sie alle für einen revolutionären Klassenkampf der Arbeiter natürlichen und notwendigen Impulse in ihr Gegenteil verkehrte: die neue Erkenntnis des Selbstdenkens in das Nachplappern von klangvollen Losungen, in Autoritätsgläubigkeit; die Einheit des Handelns und der Disziplin gegenüber der Gemeinschaft in einen gedankenlosen Gehorsam gegenüber Befehlen von oben; die starke, auf kritischer Erkenntnis beruhende Überzeugung in blinden Fanatismus; den geistigen Kampf von Klassengenossen, der zur Klärung notwendig ist, in vernunftwiderigen Parteihaß und Parteihader. Sie hat den Arbeitern eingeprägt, die Partei über die Klasse zu stellen und höher zu bewerten, sie hat ihnen eingeprägt, ihre Klassengenossen als Feinde anzusehen, die unterworfen oder unschädlich gemacht werden müssen – oft mittels physischer Gewalt durch eigens dafür gebildete Kampfverbände, für die der Kommunismus kaum mehr bedeutete als die Pflicht, auf Befehl ihrer Führer den Feinden dieser Führer, selbständig denkenden Arbeitern, den Schädel einzuschlagen . . . Durch ihre eigenen Taten, ihre eigene Praxis hat die Kommunistische Partei einen sehr erheblichen Beitrag zur Vorbereitung des Sieges der faschistischen Diktatur geliefert.“ (2)

Die Tragödie der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland besteht nicht nur darin, daß die Bourgeoisie sich bisher immer noch als stärker erwiesen hat, sondern auch in der Tatsache, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland sich selbst zerstört hat. Meiner Meinung nach kann aus der kommunistischen Bewegung erst dann wieder etwas werden, wenn sie ihre eigene Vergangenheit kritisch und nicht mehr apologetisch aufarbeitet. Die Wirkungen der apologetischen Geschichtsbetrachtung kann man sehr gut ermitteln, wenn wir unsere eigene Reaktion testen bei der Behauptung eines alten Nazi, der Faschismus sei im Prinzip richtig, die Judenverfolgungen nur ein Fehler gewesen und als akzidentell, nicht dem Wesen des Faschismus entsprechend zu bewerten. Wie wird ein nichtkommunistischer Arbeiter reagieren, wenn man ihm sagt, die stalinistischen Verbrechen seien ein „Fehler“ gewesen, ihr Ausmaß sei zu bedauern, wenn auch der Weg „Im Prinzip notwendig“ gewesen sei?

Das Paradoxe dieser, in der apologetischen Struktur gleichartigen „Argumente“ liegt darin, daß der Faschist zur Apologie gezwungen ist, der Sozialist nicht, und trotzdem tut er es. Die Judenvernichtung ist in der Tat eine logische, wenn auch nicht notwendige Konsequenz der faschistischen Rassenlehre. Der Stalinismus ist hingegen sowohl in seiner Praxis als auch in seiner Theorie in vielen Punkten die glatte Negation der Marxschen Theorie. Indem er die sozialistischen Ziele in ihr Gegenteil verkehrte – Unterdrückung statt Freiheit, Personenkult statt kollektiver Emanzipation, Nationalismus/Patriotismus statt Internationalismus usw. – zerstörte er das sozialistische Selbstverständnis an der Wurzel. Es ist kein Zufall, daß der literarische Klassiker des Kalten Krieges, Orwells „1984“, das Buch eines enttäuschten Linken ist.

---

1 *dies gilt. v.a. für die erste Phase der „kommunistischen Wendung“ in der Studentenbewegung. Inzwischen gibt es kritische Positionen z. B. zur RGO-Politik oder zur Sozialfaschismustheorie. Allerdings reicht m.M. nach eine Kritik bestimmter taktischer Phasen nicht aus. Vielmehr muß darüber hinaus das tradierte Verhältnis der kommunistischen Partei zur Klasse problematisiert werden.*

2 *s. P. Aartsz (A. Pannekoek): De arbeidersraden (1946). 2. Aufl. Amsterdam 1971, S. 161 f. Deutsche Übersetzung nach F. Kool (Hrsg.): Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Olten u. Freiburg/Br. 1970, S. 570 f.*

Die Selbsterstörung der kommunistischen Bewegung (3) ist jedoch kein unaufhaltsamer Prozeß. Die Bewegung kann sich durch selbstkritische Aufarbeitung der Vergangenheit reaktivieren, wie man dies z. B. in Italien und Frankreich beobachten kann, wenn auch dieser Prozeß in widersprüchlichen Formen abläuft, die hier nicht genauer zu untersuchen sind. Für uns ist hier ein anderer Gesichtspunkt wichtiger. Alles bisher Gesagte bezieht sich auf die kommunistische Bewegung, wie sie seit 1918 besteht. Die westdeutsche Linke, soweit sie nicht in der DKP ist und sich dieser Tradition zurechnet, kann sich nicht in diese Kontinuität stellen. Sie kann insofern auch nicht die bisherige Geschichte selbstkritisch aufarbeiten, weil es nicht ihre Geschichte ist. Sie hat das Gefühl, daß ihr dazu die moralische Legitimation fehlt. Sie ist unsicher, weil sie ihre Herkunft nicht aus der Arbeiterbewegung herleiten kann, sondern sich als intellektuelle Abtrünnige des Bürgertums begreifen muß. In dieser Situation halten sich viele, nämlich alle diejenigen, die sich leninistischen Positionen zurechnen, ausgerechnet an das, was m. E. eine der verhängnisvollsten Entwicklungen in der Arbeiterbewegung darstellt, an die Avantgardetheorie. Denn mit Hilfe der Avantgardetheorie läßt sich der Führungsanspruch der bürgerlichen Intellektuellen in die Arbeiterbewegung hineinretten. Im Geschichtsverständnis dieser „Marxisten“ geht es nicht um die Analyse der Arbeiterbewegung als Bewegung der Klasse, sondern um eine Bewertung der Fehler, Abweichungen usw. der Eliten. Der Zwang, sich eine historische Legitimation zu verschaffen, führt zu einer Identifikation mit unterschiedlichen Führungsgruppen in der bisherigen Arbeiterbewegung. Die Klasse selbst degeneriert zum Stoff, der von diesen Führungseliten je nach Meinung richtig oder falsch bearbeitet wurde. Idealisierung des Proletariats und Reduzierung des Proletariats zum Objekt „kommunistischer Politik“ fallen hier zusammen.

Die aus der Studentenbewegung entstandenen „kommunistischen Parteien“ haben also bisher nicht nur nicht einen Beitrag zur kritischen Aufarbeitung, Bewältigung und Überwindung negativer Entwicklungen in der bisherigen Arbeiterbewegung geleistet, sondern im Gegenteil diese negativen Entwicklungen auch noch sanktioniert. Daß dies so gekommen ist, kann man erklären. Die Frage ist: muß dies notwendigerweise so sein?

Man kann von jedem Intellektuellen, der meint, die historisch-materialistische Methode verstanden zu haben, verlangen, daß er die bisherige Geschichte auch materialistisch analysiert. Dies kann aber nur sinnvoll geschehen, wenn er nicht von außen als Wissenschaftler an die Geschichte der Arbeiterbewegung als Objekt der historischen Forschung herangeht, sondern nur, wenn er zunächst seine eigene Stellung innerhalb des proletarischen Emanzipationskampfes analysiert und begreift. Er muß sich fragen, ob intellektuelle und Arbeiter eigentlich dasselbe meinen, wenn sie von Sozialismus sprechen. Meiner Meinung nach kann man zwischen einem *Sozialismus der Arbeiter* und einem *Sozialismus der Intelligenz* unterscheiden (4). Der Sozialismus der Arbeiter zielt auf die Abschaffung der Ausbeutung in dem durchaus konkreten Sinn, die Arbeitsqual zu verringern, was erreicht werden kann, wenn die Produzenten selbst die Organisation

3 *Um naheliegende Einwände vorwegzunehmen, sei ohne weiteres zugestanden, daß der Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland nicht ein immanenter Prozeß war, sondern im wesentlichen auch vom konterrevolutionären Verhalten der Sozialdemokratie bestimmt gewesen ist. Die Bolschewisierung der KPD ist nicht zu verstehen ohne den Antibolschewismus der SPD; die kritiklose Verherrlichung der Sowjetunion nicht zu verstehen ohne die gleichzeitige Hetze der Sozialdemokratie gegen die UdSSR, die Sozialfaschismustheorie nicht zu erklären ohne die Noskes und Zörgiebels. Allerdings gilt dies auch wiederum umgekehrt. Die sozialdemokratische Ideologie ist beeinflusst durch die Erfahrungen, die man mit den Kommunisten gemacht hat. Man kommt aus diesem Zirkel nicht heraus, wenn man jede Selbstkritik abblockt mit dem Verweis auf die dadurch hergestellte Komplizenschaft mit dem Feind, ein Verfahren, das z. B. v. Plato in der Polemik mit Niels Kadritzke angewandt hat und das von Kolakowski zutreffend als die „Erpressung mit der einen Alternative“ bezeichnet wurde, bevor er selbst Opfer dieser Erpressung geworden ist.*

4 *Der folgende Gedankengang lehnt sich an die „Rätekorrespondenz“ Nr. 4 (Sept. 1934), S. 19 - 23, wieder abgedruckt bei G. Mergner (Hrsg.): Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, Reinbek 1971, S. 134 - 138*

des Arbeitsprozesses regeln. Die Intellektuellen, die in der Regel ja nicht der mörderischen Arbeitshetze eines Industriebetriebes ausgesetzt sind, sehen vor allem die Dysfunktionalität des kapitalistischen Systems, seine immer wiederkehrenden Krisen und die damit verbundene ungeheure Verschleuderung materieller Ressourcen. Sie meinen, eine planmäßig organisierte Wirtschaft sei besser in der Lage, die gesellschaftliche Reproduktion sicherzustellen und halten sich, die Intelligenz als gesellschaftliche Schicht, dazu berufen, die Organisation in die Hand zu nehmen. Dieser Sozialismus ist nichts anderes als der Führungsanspruch der Intelligenz, die die Kommandohöhen von Wirtschaft und Gesellschaften besetzen will. In ihrem Konzept ist zwar die Ausbeutung abgeschafft in dem Sinne, daß der Mehrwert nicht mehr individuell angeeignet wird, sondern qua Planungsinstitutionen, die sie besetzt halten, verteilt wird. Produktivitätsfortschritt wird zum alleinigen Kriterium, dem auch die konkreten Interessen der Arbeiter geopfert werden. So kann eine Situation entstehen, daß die enteigneten Kapitalisten den Ausbruch des Sozialismus bejammern, während die Arbeiter noch nichts davon gemerkt haben.

Die Fixierung auf ein planrationales Wirtschaftssystem verfehlt das zentrale Movens der proletarischen Klassenbewegung als konkreter Freiheitsbewegung: Der Sozialismus wird nicht angestrebt, weil dort die Wirtschaft reibungsloser funktioniert, sondern weil die Regelung des Produktionsprozesses durch die Produzenten selbst einen höheren Grad von gesellschaftlicher und persönlicher Freiheit verspricht. Zu dieser Freiheit gehört *auch* die krisenfreie Reproduktion. Aber die Einengung dieses Zieles auf planrationale Ökonomie erfaßt nur unzureichend die angestrebte Umwälzung der gesellschaftlichen und individuellen Beziehungen. Die Reduktion des Sozialismus auf die Rationalität des Plans wird die periodisch immer wiederkehrende Rebellion der verplanten Produzenten in Kauf nehmen müssen.

### III. Das Prinzip „links“ und das Prinzip „Sozialismus“

Wenn man sich so ansieht, was heutzutage alles als „links“ und als „sozialistisch“ gilt bzw. sich selber so definiert, dann ist man überrascht, welche extreme Positionen hier auf einen Nenner gebracht werden. Um Klarheit in dieses Chaos zu bringen, müssen wir versuchen, diese Begriffe selbst inhaltlich zu füllen.

Der Begriff „links“ stammt aus der Gesäßgeographie des Parlamentarismus. Das deutet darauf hin, daß wir den Ursprung dieses Begriffes in der bürgerlichen Revolution suchen müssen. Zweitens müssen wir berücksichtigen, daß die Kennzeichnung einer politischen Richtung als links sich offensichtlich nicht an konstanten politischen Forderungen orientiert, sondern eine allgemeine politische Ausrichtung meint, die beschrieben werden kann mit Rationalismus, Fortschrittsorientierung und Freiheitsstreben. Die konkrete Ausformung dieser Orientierung differiert je nach historischer Entwicklungsstufe. „Links“ ist somit kein statischer, sondern ein prozessualer Begriff. Sozialismus ist die konkrete Ausformung der linken Position in der Phase des entwickelten Kapitalismus. Diese Zuordnung ist eindeutig für die Entwicklung der letzten 200 Jahre in West- und Mitteleuropa. In dem Maße aber, wie die politische Auseinandersetzung globalen Charakter angenommen hat, verschwimmt zunächst auch dieses eindeutige Verhältnis, weil politische Konflikte auf unterschiedlichen gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklungsstufen ausgetragen werden und dadurch ganz neue ideologische Kombinationen auftreten, die zu einer heillosen Verwirrung führen können. So gelten die meisten Befreiungsorganisationen in den unterentwickelten Ländern als „links“ und sie selbst bezeichnen sich oft als „sozialistisch“. Es ist meiner Meinung nach unproblematisch, den antikolonialen Kampf als „links“ zu bezeichnen, jedoch außerordentlich fragwürdig, zugleich von „sozialistisch“ zu sprechen, weil dieser „Sozialismus“ eindeutig dem Hauptziel, der nationalen Emanzipation, untergeordnet ist und weil unter „sozialistisch“ eine bestimmte staatliche Organisation verstanden wird, die nicht primär die Verfügungsgewalt der Produzenten über ihr Produkt anstrebt, sondern davon ausgeht, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft am ehesten dem Hauptziel, der Unabhängigkeit von imperialistischen Mächten und der nationalen Souveränität, entspricht. Verwirrend wird es für uns dadurch, daß ideologische Positionen, die in diesen Befreiungskriegen entwickelt werden, in das Selbstverständnis der Linken in den entwickelten kapitalistischen Ländern eingehen. Kein Mensch käme auf

den Gedanken, die Ideologie des Risorgimento als Position der Linken heute abzugeben. Über den Umweg über Asien, Afrika und Lateinamerika geschieht dies gleichwohl. Der Patriotismus, ein Schlüsselwort der Französischen Revolution, feiert so überraschend Auferstehung, der proletarische Internationalismus verblaßt oder bezeichnet, schlimmer noch, die Abhängigkeit von einem „sozialistischen Vaterland“. Für die Zurückbildung der sozialistischen Theorie auf die Stufe einer an sich schon überwundenen linken bürgerlichen Position ist v.a. die Entwicklung der UdSSR und der II. Internationale verantwortlich. Das Rußland von 1917 nahm eine Mittelstellung, geographisch wie politisch, sozial und ökonomisch, zwischen dem kapitalistisch entwickelten Westen und dem kolonialen Osten ein. Dies war nicht nur für die Entwicklung Rußlands von Bedeutung, sondern auch für die Entwicklung der sog. „kommunistischen Weltbewegung“. Die Orientierung auf die nationalen Befreiungsbewegungen nahm in dem Maße in der Komintern zu, wie die sehnlich erwartete Revolution in West- und Mitteleuropa sich verzögerte und schließlich ausblieb. Dies führte zum Triumph der Doktrin vom „Sozialismus in einem Lande“. Der Sieg der chinesischen Revolution schien zu beweisen, daß das revolutionäre Potential der unterdrückten Kolonialvölker eine größere gesellschaftsverändernde Kraft besaß als die traditionelle kommunistische Strategie in den entwickelten kapitalistischen Staaten. M. E. handelt es sich aber bei Siegen wie in China nicht um kommunistische Revolutionen, sondern um nationalrevolutionäre Bewegungen, in denen sich nationale und bäuerlich-soziale Emanzipation vermischen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Außenpolitik der VR China nichts Geheimnisvolles. Ob die Chinesen die faschistische griechische Junta aufforderten, mehr für ihre nationale Souveränität zu kämpfen (5), mit Brasilien diplomatische Beziehungen aufnahmen, um dieses Land in den Kampf gegen die reichen Nationen einzubeziehen (6), sich, gelinde ausgedrückt, zwiespältig im Befreiungskampf Angolas verhielten, der chilenischen Junta Kredite gewähren (7): nichts ist verständlich wenn man darin eine weltrevolutionäre kommunistische Taktik sehen will, alles wird jedoch sofort klar, wenn man es als Ausdruck einer am nationalen Interesse orientierten Politik begreift.

Diese Kritik soll nicht dahingehend mißverstanden werden, als würde die Entwicklung der UdSSR und der VR China vom Standpunkt der „reinen Theorie“ beurteilt und verworfen. Denn erstens würde sich eine derartige Kritik vor den Tatsachen blamieren, weil es für die Politik der genannten Länder gute materialistische Gründe gibt und zweitens soll auch nicht verkannt werden, daß durch den Zwang, die bürgerliche Revolution unter sozialistischer Parole durchzuführen zu müssen, auch Elemente in diesen Revolutionen enthalten sind, die weit über den bürgerlichen Rahmen hinausweisen. So ist m. E. noch nirgends in der Welt so rigoros versucht worden, daß Prinzip der Egalität zu verwirklichen wie in der VR China. Die Kritik richtet sich gegen diejenigen, die meinen, Sozialismus sei das, was man aus den Bruderstaaten, östlich oder fernöstlich, je nach Gusto, importieren muß und die sich auf diese Art jeglicher gedanklichen und praktischen Anstrengung entledigen, wie der Sozialismus aussehen muß, der sich aus den Widersprüchen der eigenen Gesellschaft entwickelt.

#### IV. Die Linke in Westdeutschland: zwischen bourgeoiser Sozialdemokratie und DKP-Dogmatismus

In den bisherigen Ausführung haben wir mehr die sog. maoistische Ideologie im Auge gehabt als die Position der DKP, wenn auch einige Punkte, so vor allem die Avantgardetheorie mit ihren emanzipationsfeindlichen Tendenzen, durchaus beiden gemeinsam sind. Wenn wir nun die Erörterung auf die Frage zuspitzen, wie eine sozialistische Alternative heute in der BRD aussehen muß, dann können wir die K-Gruppen getrost unberücksichtigt lassen, da sowohl ihre Zielvorstellungen als auch ihre Taktik als konterrevolutionär bezeichnet werden können (8). Um so

5 vgl. *Le Monde* vom 26.5.1973

6 vgl. *Le Monde* vom 17.8.1974

7 vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 14.7.1976; *Chile-Nachrichten* Nr. 40, S. 9

8 *Wenn unter Revolution – Konterrevolution nicht lediglich eine formale und inhaltsleere Aktion – Reaktion Beziehung gemeint sein soll, sondern unter Revolution eine gesell-*

wichtiger ist eine Auseinandersetzung mit der DKP, die, wie zu Beginn dieses Beitrages schon angemerkt, auf sich links fühlende, vom studentischen Maoismus abgestoßene Intellektuelle eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Es ist für unseren Zweck nicht nötig, hier eine umfassende Auseinandersetzung mit der DKP zu versuchen, die alle denkbaren Kontroverspunkte einschließlich der Stamokap-Debatte umfaßt, sondern wir werden uns auf die kritische Diskussion von drei Argumenten beschränken, die in der tagtäglichen politischen Diskussion zugunsten der DKP vorgebracht werden.

*Erstes Pro-DKP Argument:* Die DKP sei die sozialistische Partei, die am stärksten in den Massen verankert sei.

Abgesehen davon, daß diese Formulierung die Frage provoziert, um was für ein Schiffchen es sich hier handeln muß, wenn man von „verankern“ spricht, sitzt dieses Argument dem historischen Schein auf, als sei die DKP, weil im gleichen Zeitraum gegründet, mit den studentischen KPs vergleichbar und habe es geschafft, in der Konkurrenz mit diesen Gruppen einen weitaus größeren Anhängerkreis in der Arbeiterklasse zu gewinnen als diese. In Wirklichkeit ist die DKP die einzige Partei, die sich legitimerweise auf die Tradition der Hauptströmung des deutschen Kommunismus berufen kann und in ihren Kadern diese Tradition auch unter Beweis stellt. Die Frage muß daher richtig lauten: warum ist die KPD/DKP im Vergleich zur Weimarer Republik und den ersten Nachkriegsjahren so klein geworden? Die Antwort liegt u. a. darin, daß sie ihre Geschichte niemals prinzipiell kritisch aufgearbeitet hat und daß sie es nicht vermocht hat, zur DDR ein kritisch-solidarisches Verhältnis zu entwickeln, sondern vielmehr immer den „Modellcharakter“ des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden“ herausgestellt hat. Es ist ein großer Unterschied, ob man die repressive Entwicklung in der DDR historisch erklärt, d. h. die Bedingungen aufzeigt, die die DDR zu Akten der repressiven Notwehr gezwungen haben (und die, sobald es irgend geht, wieder aufgehoben werden müssen) oder ob man die Not zum Inbegriff der sozialistischen Tugend macht. Da die DKP sich letztlich an Leitbildern orientiert, die nicht aus den gesellschaftlichen Widersprüchen Westdeutschlands entwickelt werden, wirkt sie direkt antirevolutionär. Antirevolutionär in dem Sinne, daß die Politik der DKP die Chancen für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht fördert, sondern hemmt. Dies kann anhand des zweiten Pro-DKP Arguments näher ausgeführt werden:

*Zweites Pro-DKP Argument:* Da die SPD selbst zum Mitträger der Repression in der BRD geworden ist (z. B. durch Berufsverbote) kann sie weder unterstützt noch gewählt werden. Zumindest bei Wahlen sollte man daher DKP wählen, um seinen Protest gegen die sozialdemokratische Politik zum Ausdruck zu bringen.

Dieses Argument, konsequent vertreten, führt zur völligen Unglaubwürdigkeit der eigenen Position. Im Gegensatz zu den französischen, italienischen und spanischen KPs hat die DKP die politischen Prozesse in der CSSR verteidigt, bei denen Berufsverbot eine geradezu milde Strafe war. Originalton Hermann Gautier, Mitglied des DKP-Präsidiums:

„Es wird behauptet, in Prag werden Gesinnungsprozesse durchgeführt; die Leute werden aber – und das ist relativ liberal – verurteilt, weil sie gegen Gesetze der CSSR verstoßen haben. Hier aber braucht jemand gar nicht gegen die Gesetze verstoßen zu haben, sondern allein durch sein Bekenntnis zur DKP droht ihm Berufsverbot.“ (9)

---

*schaftliche Umwälzung in emanzipatorischer Absicht verstanden wird und unter Konterrevolution der Versuch, diesen emanzipatorischen Akt rückgängig zu machen und ihn in sein Gegenteil zu verkehren, dann muß man die der stalinistischen Barbarei verpflichteten K-Gruppen in der Tat als konterrevolutionär bezeichnen. Wenn in Anmerkung 3 vom „konterrevolutionären Verhalten der Sozialdemokratie“ die Rede ist, dann soll das nicht heißen, das ehemals reformistische und heute nur noch bürgerlich-demokratische sozialdemokratische Bewußtsein sei im selben Sinne als konterrevolutionäre zu bezeichnen ist. Es heißt aber sehr wohl, daß die sozialdemokratische Führung z. B. in der Revolution 1918/19 im Kampf gegen Spartakus zu konterrevolutionären Mitteln gegriffen hat (Aufstellung von Freikorps) und sich mit genuin konterrevolutionären Kreisen verbündet hat (Ebert – Groener Pakt).*

9      zit. nach Frankfurter Rundschau vom 18.8.1972

Man muß zugeben, die CSSR ist in der Tat rechtsstaatlicher als die BRD, weil sie das Bekenntnis zu einer staatlich nicht genehmigten Gesinnung unter Strafe stellt, was die BRD bislang versäumt hat. Vielleicht hat der Bundesinnenminister die Ermahnung von Gautier verstanden und verbietet die DKP, damit deren Mitglieder „relativ liberal“ verurteilt und die Berufsverbotskomitees zumindest für die DKP-Seite entlastet werden können. Wie die Praxis in der CSSR aussieht, mit der sich die DKP solidarisiert, zeigt, als ein Beispiel von vielen, der Fall Karel Kosik. Die Polizei erschien bei Kosik, beschlagnahmte über 1000 (tausend) Manuskriptseiten für philosophische Werke wegen Verdachts auf Subversion und drohte eine Gefängnisstrafe zwischen ein und fünf Jahren an (10).

Es bedarf schon einer besonderen Art von „Dialektik“, in der BRD gegen den § 88a zu agitieren und die mit Berufsverbot und Gefängnisstrafen verbundene Zensur im „realen Sozialismus“ zu verteidigen. Diese Verteidigung benutzt als Mittel die Verleumdung und die demagogische Lüge. Sicherlich kann man anderer Meinung als Biermann und Havemann sein, rechtfertigt dies aber eine Verleumdung im KSV-Stil als „willfähige Werkzeuge der Monopol- und Bankherren, der demokratiefeindlichen, großkapitalistischen Propaganda“ und die Suggestion, Biermann und Havemann verteidigten die chilenische Junta (11)? Die demagogische Lüge führt in der Politik entweder zum Mißerfolg oder zum Faschismus. Daß die DKP gegen den Faschismus ist wissen wir, aber warum will sie partout den Mißerfolg?

*Drittes Pro-DKP Argument:* Eine Stärkung der DKP stärkt die Linke insgesamt. Dieses Argument geht davon aus, daß die Linke, wenn sie in der BRD überhaupt Einfluß gewinnen will, einen gewissen quantitativen Machtfaktor darstellen muß. 5 % DKP Stimmen fallen mehr ins Gewicht als 2 % DKP und 3 % andere. Dieses Argument erledigt sich zum Teil durch das oben Ausgeführte. Die DKP ist für die große Masse der Werktätigen unglauwbüdig. Deshalb bleibt ihre Zuwachsrates immer begrenzt und beschränkt sich auf Bereiche, wo sie noch Positives für die Lohnabhängigen tun kann, auf kommunaler und betrieblicher Ebene. Von wirklichem politischen Einfluß wird sie bewußt ferngehalten. Wenn es richtig ist, daß das Sozialismusbild der DKP eher ein Schreckensbild ist, dann ist es unverantwortlich zu sagen: wir sind zwar anderer Meinung als die DKP, aber wählt sie erst einmal. Wenn sie einen gewissen Einfluß gewonnen hat, müssen wir dies dann korrigieren, indem wir unsere Position dagegenhalten. Es mag angehen, daß jemand *für sich* entscheidet, aus taktischen Gründen DKP zu wählen, es ist aber unmöglich, die Wahl zu *empfehlen*, weil völlig unsicher ist, ob das taktische Kalkül auch wirklich mitvermittelt werden kann. Vielmehr wird es eher so sein, daß die DKP bei undogmatischen Linken trotz mitgelieferter taktischer Gebrauchsanweisung auch inhaltlich aufgewertet wird. Auf diese Weise zieht man den eigenen Gegner groß.

Man könnte sagen, die DKP verhalte sich, im Vergleich zu den westeuropäischen KPs, deshalb so sketierischer, weil sie so klein ist. Würde sie größer, dann weiche auch ihre rigide Haltung auf. Ich halte dies für einen Trugschluß. Jeder Gewinn wird, zumindest in absehbarer Zeit, von der DKP als Beweis der Richtigkeit ihrer Linie ausgegeben werden. Ändern kann sich die DKP-Position m. E. nur, wenn ihr deutlich wird, daß sie nur dann wirkliche Erfolge erringen kann, wenn sie ihre autoritäre und letztlich unsozialistische Politik überwindet.

## V. Für eine sozialistische Linke

Man könnte mir entgegenhalten, ich kritisierte die DKP ebenso wie Fritz Vilmar oder der KSV (12). Dieser Vorwurf würde aber etwas Wesentliches übersehen: Vilmar und der KSV solidari-

10 vgl. den Brief Kosiks an Sartre, abgedruckt in *Le Mone* vom 29./30.6.1975; vgl. auch die *Frankfurter Rundschau* vom 30.6.1975

11 „Unsere Zeit“, zit. nach *Frankfurter Rundschau* vom 24.10.1975

12 zu Vilmar vgl. z. B. seinen Artikel „Parteihochschule Marburg oder: Darf man die DKP noch krisieren?“ in dem *Unterhaltungsblatt für männliche Pseudo-Linke* „das da“ Nr. 9 September 1975, S. 2 - 3. Es ist nicht nur hünnrissig, zu suggerieren, die DKP dürfe nicht mehr kritisiert werden, wenn diejenigen, deren Ansichten kritisiert werden sollen, wegen

sieren sich mit dem kapitalistischen Staatsapparat in der Bekämpfung der DKP. Der bürgerliche Staat bekämpft aber nicht das Sozialismusfeindliche an der DKP, sondern gerade die sozialistischen Elemente oder was er dafür hält. In diesem Sinne ist jeder Angriff des Staates auf die DKP auch immer zugleich ein Angriff auf die gesamte Linke. Die DKP muß daher verteidigt werden (13). Zugleich muß aber das dichotomische Weltbild sowohl des Staates als auch der DKP angegriffen werden, die sich nämlich in einem Punkt merkwürdig einige sind: für den bürgerlichen Staats ist jeder, der sich nicht der herrschenden Auslegung der FDGO unterwirft, ein Fellowtraveler Mokuas, wenn nicht subjektiv, so doch objektiv. Für die DGP ist jeder, der den „realen Sozialismus“, kritisiert, ein Agent des Imperialismus, wenn nicht subjektiv, so doch objektiv. Wir müssen demgegenüber klarmachen, daß der DKP-Sozialismus nicht die einzige Alternative ist. Das hat nichts mit der Konstruktion eines „Dritten Weges“ zu tun, der eklektizistisch sich aus bürgerlicher Demokratie und autoritärem Sozialstaat a la DDR das Beste herausucht und zu kombinieren versucht. Das bedeutet vielmehr daß der Begriff Sozialismus wieder in seiner unverkürzten Bedeutung zur Geltung gebracht werden muß.

Diese unverkürzte Bedeutung läßt sich gut an der Diskussion um Rechtsstaat und Sozialismus deutlich machen. Die Haltung der Linken erscheint dem bürgerlichen Beobachter sehr widersprüchlich: in den Hochzeiten der außerparlamentarischen Opposition wurde die parlamentarische Demokratie samt der ihr zugrundeliegenden Rechtsprinzipien als durch und durch bürgerlich „entlarvt“ und bekämpft. Heute, in der Ära der Berufsverbote, berufen sich z. T. dieselben Linken auf den ehemals entlarvten Rechtsstaat. Der Widerspruch löst sich, wenn man die parlamentarische Demokratie in sozialistischer Perspektive beurteilt. Danach ist die repräsentative Demokratie mit ihren verfassungsmäßigen Grund- und Menschenrechten der beste *Ausgangspunkt für die proletarische Emanzipation*, weil in ihr Rechte garantiert werden, die das Proletariat in seinem Kampf braucht. Die Studenten der 60er Jahre waren völlig im Recht, wenn sie gegen die Ansicht, die parlamentarische Demokratie garantiere das höchste nur denkbare Maß an Freiheit den bürgerlichen Charakter, d. h. die klassenmäßige Einschränkung dieser Freiheit, die im Produktionsbereich zur faktischen Unfreiheit wird, geltend machten. Allerdings lag der Fehlschluß nahe, in den bürgerlichen Freiheiten nichts anderes als Lug und Betrug zu sehen. Dieser Fehlschluß wurde schmerzhaft korrigiert durch den Abbau der bürgerlichen Grundrechte durch den bürgerlichen Staat selbst.

Diese Korrektur produzierte ein anderes Extrem: die Reduzierung sozialistischer Politik auf die Verteidigung bürgerlicher Grundrechte. In der augenblicklichen Situation kann man beide Extreme beobachten: die abstrakte Negation des Rechtsstaates dient oft nur zur Rechtfertigung der Verweigerung der elementarsten Rechte gegenüber demjenigen, der zum politischen Gegner deklariert wird. Andererseits läuft die bloße Verteidigung des Rechtsstaates Gefahr, die Beschränktheit dieses Standpunktes zu übersehen und die sozialistische Alternative aus den Augen zu verlieren. Die sozialistische Alternative kann und darf nicht hinter den Rechtsstaat als Stufe gesellschaftlicher Freiheit zurückfallen, sie muß ihn aufheben. Aufgehoben werden im Sinne von Verschwinden müssen die Institutionen, die selber nur Ausdruck der spezifisch bürgerlichen Beschränkung der gesellschaftlichen Freiheit sind. Es mag Schwierigkeiten machen, die angestrebte Verfügung der Produzenten über ihr Produkt in einem Rätssystem zu organisieren, mit Hilfe der klassischen parlamentarischen Demokratie geht es mit Sicherheit nicht. Bewahrt werden müssen die schon in der bürgerlichen Revolution erkämpften Menschenrechte, auf eine

---

*des Äußern dieser Ansichten vom Berufsverbot bedroht werden, sondern der Artikel ist im Kern ein adäquater Ausdruck von Vilmars eigenem Dogmatismus. Nicht die DKP, Vilmar ist es, der nicht kritisiert werden darf. Wütend tobt er gegen alles was die spezifisch Vilmarsche Auffassung von der Sozialdemokratie in Frage stellt, vgl. dazu in der Nr. 8/1976 desselben Blattes seinen Angriff auf das Sozialistische Büro. Kritik a la Vilmar heißt: Wer nicht pariert wird denunziert.*

- 13 *Es sei hier noch einmal unterstrichen, daß an der DKP die mangelnde Einsicht in die Gleichartigkeit staatlicher Repressionsapparate in West und Ost kritisiert wird, daß ihr nicht auffällt, daß in der DDR, CSSR usw. die Unterdrückung auch sozialistischer Opposition nach demselben Argumentationsmuster geschieht wie in der BRD.*

höhere Ebene gelangen sie schließlich, in dem sie für die arbeitenden Menschen nicht nur Deklaration, sondern Realität werden. In diesem Sinne hat Rosa Luxemburg formuliert:

„Es gilt, an den durch die bürgerlichen Klassen anderthalb Jahrhunderte lang mißbrauchten Worten die praktische Kritik historischer Handlungen zu üben. Es gilt, die „Liberté, Egalité, Fraternité“, die 1789 in Frankreich vom Bürgertum proklamiert worden ist, zum erstenmal zur Wahrheit zu machen – durch die Abschaffung der Klassenherrschaft des Bürgertums.“ (14)

14 s. Rosa Luxemburg: *Nationalversammlung oder Räteregierung? in: Die Rote Fahne (Berlin) Nr. 32 vom 17. Dezember 1918, hier zit. nach Gesammelte Werke Band 5, Berlin (DDR) 1974, S. 465*

### Tagungsbericht: Internationale Konferenz „Sozialismus in der gegenwärtigen Welt“, Cavtat (Jugoslawien), 27.9. - 2.10.1976

Die jugoslawischen marxistischen Zeitschriften „Marksizam u Svetu“ (Marxismus in der Welt) und „Komunist“ hatten eingeladen: neben jugoslawischen intellektuellen Repräsentanten kommunistischer, sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien aus den entwickelten kapitalistischen Ländern (vor allem Westeuropas), aus den sozialistischen Ländern Osteuropas und aus einigen der aus dem antikolonialen Befreiungskampf hervorgegangenen jungen Nationalstaaten. Schließlich war eine Reihe „freischwebender“ marxistischer Theoretiker und Vertreter theoretischer marxistischer Zeitschriften geladen worden (so auch die Berichterstatter). Das „politische Gewicht“ der Teilnehmer und ihrer Vorträge war entsprechend unterschiedlich. Die Konferenz muß auf dem Hintergrund des Wandlungsprozesses gesehen werden, den die kommunistische Weltbewegung und die sozialistischen Parteien sowie das Verhältnis der beiden Fraktionen der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren durchgemacht haben bzw. in einigen Ländern durchzumachen im Begriff sind. Insofern schien die Konferenz von Cavtat fast wie eine unverbindliche (es gab kein Kommuniqué), weniger prominente, dafür auf die nichtkommunistischen Fraktionen der internationalen Arbeiterbewegung ausgeweitete Variante der Berliner Konferenz der europäischen Kommunisten vom Juni 1976.

Politisch bezweckten die jugoslawischen Veranstalter offenbar u.a. folgendes: Demonstration des Willens, den eigenen Weg zum Sozialismus weiterzugehen, wobei man sich der zunehmenden Unterstützung der westeuropäischen kommunistischen Massenparteien und der jungen Nationalstaaten versichern will; Propagierung der Einsicht in die strategische Notwendigkeit, die historische Spaltung der Arbeiterbewegung zu entschärfen; Gelegenheit zur Selbstdarstellung einer weltweiten Mannigfaltigkeit der Positionen, die einseitige Bindungen an ein einziges Zentrum kaum mehr zulassen. Innerjugoslawisch konnte man sich von der Konferenz Impulse gegen bürgerliche Tendenzen in Wissenschaft und Bildung versprechen. Schließlich mag es nicht zufällig sein, daß die Konferenz nach der Einstellung der „Sommerschule“ von Korcula als neues jährlich stattfindendes Forum gegründet wurde. (Die Konferenzen von Korcula wurden viele Jahre lang von der sog. Praxis-Gruppe veranstaltet, und dann im Verlauf der Auseinandersetzungen mit dieser Gruppe eingestellt.)

Die Konferenz gliederte sich in drei Themenschwerpunkte:

1. Die Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus und die Probleme sozialistischer Strategie.
2. Probleme der antikolonialen und antiimperialistischen Revolution.
3. Probleme des Sozialismus und der Rolle der Arbeiterklasse.

Im Mittelpunkt der Strategiediskussion standen Fragen der *politischen* Form der Entmach-